

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljähriger Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., anstalt Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Postämtern entgegengenommen.
Die in ausländischen Zeitungs-Verzeich-
nissen unter „Saale-Zeitung“ eingetragene
mit unterhaltend eingehende Kammerpost
wird ohne Gebühr abgenommen.
Redaktion mit Druckereianlage:
„Saale-Bl.“ gedruckt.
Verantwortlicher Redakteur Hr. 1149;
Schlesische Str. 28; Verlagsanstalt
(Halle 54) Nr. 2965.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stunde, von anderen Anzeigen abge-
lesen und allen Anzeigen-Expositionen an-
genommen. Bekanntes die Zeile 75 Pfg.

Erscheint wöchentlich einmal,
Sonntags und Montags ausnah-
mlos, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, G. Str. 28; Druckerei
Verlagsanstalt: Markt 24.

Saale-Zeitung.

Direktions-Druckerei.

Nr. 531.

Halle a. d. Saale, Montag, den 12. November

1906.

Etwas mehr Dampf!

Morgen tritt der Reichstag wieder zusammen. Bis jetzt verläuft nichts, das er in Wäde mit einer Vorlage, betreffend die Reform des Strafprozesses, befaßt werden wird. Die Kommission hat ihre Arbeiten längst beendet und das Ergebnis in zwei Bänden der Öffentlichkeit übergeben. Die Kritik, die man während des Ganges der Beratungen fürchtete, da man das Geheimnis der Verhandlungen bis zuletzt auf das ängstlichste wahrte, hat gesprochen und im ganzen nicht gerade viel an dem Werte gelost. Anfangs hielt es, die Regierungen würden auf Grund der Verhandlungen baldmöglichst einen Gesetzentwurf aufstellen lassen und dem Reichstage vorlegen. Dann traten im Dezember v. J. Vertreter der Justizverwaltungen der größeren Bundesstaaten in Berlin zusammen, um über die Grundzüge des Entwurfs zu beraten. Wie nach Abschluß dieser Verhandlungen verläuft, hat man schon bei diesen erhebliche Teile der Kommissionsarbeit über Bord geworfen. Aber man zeigte sich sehr zuversichtlich bezüglich der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs; sprach man doch sogar davon, ihn dem Reichstage noch in der laufenden Session, und zwar vor der Sommervertagung, zugehen zu lassen. Das ist nicht geschehen, im Gegenteil ist es von der letzten Frage wieder still geworden. Es macht den Eindruck, als sei die Strafprozessreform auf den toten Punkt gekommen und vor der Hand von einer Befassung der gesetzgebenden Körperschaften mit dieser Materie nicht die Rede.

Die geltende Strafprozessordnung ist nach allgemeiner Ansicht von den großen Reichsjustizbehörden der 70er Jahre das am wenigsten gelungene. Sie zeigt an allen Ecken und Enden die Zeichen des Kompromisses. Der Reichstag hätte damals ein ganz erträgliches Werk zustande gebracht, aber die Regierung benutzte jeden großen reformerischen Zug. Politische und finanzielle Mächtigkeiten mußten stets den Ausschlag geben, und das Ende war ein Verfahren, mit dem das Volk von Anfang an unzufrieden war. Schon bald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurde im Reichstage, namentlich von der Linken, besonders von den Abgeordneten Philipp, Lehmann, Mundel, wiederholt auf die Schwächen des Gesetzes hingewiesen, und eine Reform verlangt. Der Reichstag konnte sich den Wünschen der Bevölkerung auf die Dauer nicht verschließen und trat dieser Forderung bei. Auch die Regierung erklärte sich 1894 bereit, eine Vorlage zu machen, aber ersichtlich ist die Angelegenheit noch immer nicht von der Stelle gerückt.

Die jetzige Zeit ist einer durchgreifenden Reform des Strafverfahrens nicht sonderlich günstig, weil bei jeder Beratung von der Regierung und der reaktionären Mehrheit des Reichstages Dinge in den Vordergrund geschoben werden, die mit der Reform wenig zu tun haben. Statt rückhaltlos zu fragen: In welcher Weise erhalten wir am besten ein Strafverfahren, das beim Volke das notwendige Ansehen und die Anerkennung eines Wertes im Sinne der Gerechtigkeit finden wird, fragt man stets in erster Linie: Wird dieser Vorstoß auch nicht allzuviel Kosten verursachen, oder wird man bei der Durchführung jenes Vorstoßes genügend Handhaben gegen die bösen politischen Delinquenten behalten. Dabei handelt es sich bei den Kosten allerdings um einige Hunderttausende, während man ohne große Schwierigkeiten auf eine einzelne Militärs- oder Marineforderung viele Millionen herab.

Dazu kommt, daß die Ansichten über die Reform sich je länger je mehr nicht klären, sondern verwirren. Das haben die Verhandlungen der Strafprozesskommission bewiesen. Namentlich haben Vorschläge des Oberbürgermeisters Widates großes Aufsehen erregt. Auch darüber geben die Meinungen nicht aneinander. Will man warten, bis eine allgemeine Einigung nach allen Seiten eingetreten ist, so wird man noch recht lange warten müssen. Deshalb scheint es geboten, denn die verheerenden unfaßliche Vorlage nicht bald kommt, wenigstens die praktisch wichtigsten und dringlichsten Reformen alsbald zu verlangen. Dahin gehört in erster Linie die Einführung einer Berufungsinstanz für die Urteile der Strafammer. Wie selbst die Gegner der Berufung zugeben, führt die das Volk nach einem solchen Rechtsmittel. Injizieren würde also das Vertrauen zur Rechtspflege durch die Einführung der Berufung wachsen. Aber wir versprechen uns auch objektive von dieser Maßregel Gutes. Brauchen wir doch nur auf die Erfahrungen hinzuweisen, die man im Militärstrafprozess mit der Berufung gemacht hat. Der jetzige Zustand, der in größeren Strafjahren jede Nachprüfung in tatsächlicher Hinsicht ausließt, ist für die lediglich aus Berufungsinstanz zusammengesetzten Gerichte ohne unheilbar und führt zur größten Unzufriedenheit des Volkes mit der Rechtspflege. Es wird daher Sache des Reichstages sein, energig in sprechen: „Etwas mehr Dampf, Herr Staatssekretär!“

Deutsches Reich.

Sol- und Personalnachrichten.

Das vom deutschen Kaiser an den Großherzog von Sachsen anlässlich der Geburt des Erbprinzen gelebte Telegamm lautet folgendermaßen: „Surreal Sunige Glückwünsche. Gott segne Kind und Mutter. Der große König, der kleine König, der kleine König. Ich bin natürlich Vater. Wilhelm.“

Der Kronprinz nahm Freitag vormittag in Potsdam an einer Despreßinspektionsreise teil.

Der Kronprinz ist gestern abend 11½ Uhr nach Berlin zur Sol abgereist. Der Kronprinz wird im Alms

tal neben dem Gebiete des Herzogs von Cumberland der Gemahl obliegen und beim Baron Dering Quartier nehmen.

Der Großherzog von Sachsen-Altenburg wird am 21. d. Mts. auf seiner Rückreise nach Weimar in Schleien ein- und ausreisen, um am 22. d. Mts. nach Weimar zu kommen und am 23. d. Mts. nach Weimar zu kommen.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin begibt sich am 12. d. Mts. nach Weimar in Schleien, um dort an Holzungen teilzunehmen. Am 14. d. Mts. trifft er gleichzeitig mit seiner Gemahlin auf Schloss Rismann zum Jagdbesuch beim Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein ein. Von dort aus reisen sie nach Schlesien am 16. d. Mts. nach Weimar zum Jagdbesuch beim Fürsten Albrecht. Am 20. d. Mts. trifft das Gesandtschaftsamt zum Winteraufenthalt in Schwerin ein.

Der Minister des Innern, v. Bethmann-Hollweg, hat am Donnerstag Herrn v. Fobbe über auf Dalmien einen Urlaub abgelehnt.

Wie die „Münch. Fr. Pr.“ meldet, begibt sich der Reichskammerpräsident am Dienstag nach Berlin, um dort mit dem Minister des Innern Herr v. Fobbe zusammenzutreffen.

Kaiser Wilhelm.

Wetter vormittag fand in Potsdam in Gegenwart des Kaisers die Bereibung der Akten der Potsdamer Konferenz statt. Anwesend waren ferner die Kaiserin, der Kronprinz und die Kronprinzessin, die Prinzessin Luise und die Prinzessin Cecilie-Friedrich sowie die Generalität und mehrere fremdenberühmte Offiziere. Die Bereibung der Akten, worin der Kaiser die Rolle eines Anführers spielte, Generalmajor v. Welle, sagten brachte jedoch ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus und die Musik spielte die Nationalhymne. Nach der Bereibung begab sich der Kaiser zum Frühstück nach dem Offiziersklub des 1. Garde-Regiments zu Fuß und tratte später nach dem Neuen Palais zurück.

Am Abend 9 Uhr 40 Minuten tratte der Kaiser und die Kaiserin mittels Sonderzuges die Reise nach München an.

Die Stadt München hat zu dem heute stattfindenden Empfang des Kaisers und der Kaiserin ein prächtiges Festprogramm angelegt. In allen Straßen, die der Kaiser berührt, sieht man Flaggen, Girlanden, Kränze und Embleme. Alle öffentlichen Plätze und Gebäude sind voll aller Schmuckstücke, die sich vorzubereiten können. Der ganze Hofstaat ist umgeben von Plagenmännern, von denen reichlichende Kränze mit Wimpeln in den deutschen und bayerischen Farben herabgelassen. Besonders reich geschmückt ist der Weg von der Residenz zum Hoftheater, wo am Dienstag in Gegenwart des Kronprinzen und des Prinzregenten die Grundsteinlegung des Deutschen Museums erfolgt.

Grundsteinlegung des deutschen Museums.

In dem prächtigen alten Rathaus in München fand gestern abend, eingeladen durch die Stadt München, eine glänzende Veranstaltung nach dem Anlaß der Grundsteinlegung des Deutschen Museums statt. Die Veranstaltung wurde von dem Direktor des Deutschen Museums Hr. Ludwig von Baber, alle bekannten Männer der Wissenschaft und Technik, die dem Bestande des Museums angehören, Vertreter der Reichsbehörden und der Bundesstaaten, alle bayerischen Staatsmänner, Vertreter aller Verbände Münchens und ausländische Gäste hatten sich eingeladen. Am ersten Eintritte brachte Staatssekretär v. Welle die Rede aus. Er sprach davon, daß der Anlaß, der die Veranstaltung in München zusammenführte, ein hochwichtiger sei, denn die Beteiligung der angewandten Wissenschaft und die Fortschritte der Technik seien von größter Wichtigkeit für die Entwicklung der Wissenschaften und der Künste. Er sprach dann von der Bedeutung der Wissenschaften und der Künste für die Entwicklung der Nation und der Welt. Er sprach dann von der Bedeutung der Wissenschaften und der Künste für die Entwicklung der Nation und der Welt.

Witz Ludwig führte dann aus, daß seit Jahren der Gedanke bestanden habe, ein Museum der Technik zu gründen, das jenen anderer Staaten ebenbürtig sei. Der Plan sei dank der Unterstützung einer großen Zahl Privatleute, dank der Förderung der Stadt München durch den bayerischen Staat und nicht zuletzt durch das ganze Deutsche Reich gelungen. Der Prinz regierte dann die hohen Persönlichkeiten, daß der Kaiser der Technik entgegenbringe, insbesondere dem Kriegswissenschaften und der Auszubildung der Arme. Alle dankten dem Kaiser, daß es ihm möglich war, den Festen zu wahren und deutsche Wärd auf Land und See auf der Höhe zu halten, die eben für die Bekämpfung des Feindes unbedingt nötig seien. Mit warmen Worten gedachte er der erheblichen Förderung der Interessen des Deutschen Museums durch den Kaiser, dem sein hoch geehrtes Mitglied, der Reichskammerpräsident, die Stadt München und die Stadt München.

Weber die „Königstreuen Wärdler“.

Die sich jetzt mit einem Mal auf ihren Konstitutionalismus verbeugen, während sie sonst am Absolutismus nichts zu haben wüßten, ipottet Theodor Bar in der „Nation“. Er betont, daß die demokratischen Bedenken gegen ein absolutes Regiment nicht zu vernachlässigen seien mit dem Wärdigen von momentanen in ihren geselligen Hoffnungen Enttäuschungen. Dazu führt er weit aus:

Wel anderen Forderungen dürfte es sich auch herausstellen, daß das, was die konstitutionellen Wärdler an dem gegenwärtigen Regimentsstil anzusehen haben, Irrenwegs gerade das ist,

was diesen vornehmlich befaßt. So hat a. B. jüngst Herr Westermann in Wiesbaden die auswärtsige Politik Deutschlands gerade an den Wärdigen geteilt, wie sie Lob schätzte, die in ihren Bemühungen, ein vernünftiges, freundschaftliches Verhältnis zu England anzuknüpfen. Wenn es bei dieser Gelegenheit dem deutschen Reichsminister, Herr von Bismarck, polittisches Verhalten anrathen, daß es für ein solches Verhältnis Generaladjutanten nach England geschickt habe, um einem englischen Herzog einen Ehrenbrief zu überreichen, so Bismarck, — ein solcher Ehrenbrief, für den Herr Westermann nach seiner eigenen Beurteilung jedes Verständnis fehlt, braucht um den Schlaf unserer Wärdigen nicht zu rauben! Das sind Konventionen, die einen Wärdigen nur lächerlich machen können. Herr Westermann und Genossen, die heute so die Politik führen, sollten einmal darüber nachdenken, wie viel sie selbst dazu beigetragen haben, durch ihre Stellung zum Absoluten, wie durch ihre polittische Willkür, die Wärdigen in ihren Zustand herabzuführen, den sie heute gerade auf das Konto des Kaisers legen möchten.

Die Bismarckianische Kritik der auswärtigen Politik des Reichs gleicht sehr der Kritik, die sehr nach dem liberalen Parteiführer gegenüber der Haltung des Großherzogs von Hessen anlässlich der Befestigung des Sozialdemokratischen Clubes am Weidengarten von Dienbach über. Man weiß den Bericht über die in Dienbach am 4. November abgehaltene Versammlung der national-liberalen Landespartei Heßens nicht, um die Wärdigen des Wärdigen des Wärdigen nicht wüßten zu lernen.

Eine demokratische Opposition gegen absolutistische Wärdigen, so meint Dr. Barth zum Schluß, sollte sich deshalb stets hüten, mit der Forderung der sogenannten Königsstreuen irgend etwas gemein zu haben. Bei einer allgemeinen Jagd auf Hochwürdig würde die Demokratie immer die Gewerke sein und nur den reaktionären Wärdigen das Wärdigen zuzugewinnen. Eine demokratische Opposition gegen das verabsäumte Regiment ist heute im Reich und in Preußen gar nicht angelegt, aber es muß sich vornehmlich richten gegen jene Entwässerung des Landes, die die monarchische Gewalt selbstschwächen für reaktionäre Interessen sowie für die Wiederherstellung aller Privilegien auszubringen sucht und dabei gelegentlich auch die Wärdigen zum Schaden. In unserem Sinne ist die Kritik des Absoluten, die Herr v. Bismarck durch die Thronrede durch die Vertreter der Unzufriedenheit auszusprechen. Ein richtiges Konstitutionalismus, wie ihn die bürgerliche Demokratie verlangt, muß eine Bekämpfung des Absoluten und diesen Kritik zum nächsten Ziele haben.

Am sächsischen Zentrumsbücher befaßt sich mit dem Schicksal der national-liberalen Wärdigen. Die sächsischen parteiliche Wärdigen für das Aufheben des Abg. Westermann aus, wie es vorher die „Säch. Volkszt.“ tat, indem sie die Wärdigen auf die Hauptarbeiten und auf die kommenden Wärdigen als den die Haltung Westermanns bestimmten Faktoren geschickte. Das „Deutsche Volksblatt“ wendet sich gegen den sächsischen Wärdigen auf den Seiten 10. Die Wärdigen, redigiert aber gleichwohl diesen Angriff, da es über Herrn v. Bismarck wirklich schreibt:

„Wer sein geradezu immerwährendes exiles Auftreten im Reichstag beobachtet hat, muß allerdings erfrucht fragen: Wie kommt es, daß ein solcher Mann an die Spitze des unwürdigen Amtes gestellt wird?“

Die Zentrumsbücher des Sächsischen werden dann von einer in national-liberalen Kreisen vorhandenen Mäßigungswärdigen, der Herr v. Bismarck an der Seite in Verbindung mit dem Tage hatte, und erklären es für erklärlich, wenn er auch aus und in Abgeordnete mit seinen Wärdigen anbräute. „Sach Monarch der Welt“, heißt es weiter, „meht so über die Wärdigen mit Parlamentarier, wie der Kaiser; gerade dieser Umstand dürfte nicht in letzter Linie liegen, wenn man sich nach dem sächsischen Wärdigen am national-liberalen Wärdigen fragt.“

Die „Säch. Volkszt.“ schreibt weiter:

„Was der Abg. Westermann angeht, so entspricht in dem Hauptpunkte einem weit verbreiteten Gemüthsstand, dem auch innerhalb der Zentrumspartei und nicht zum wenigsten in den Reihen der „Säch. Volkszt.“ liegt. In den bei verschiedenen Anlässen unumwunden Ausdruck gegeben worden ist... Die Gegenwart des Reiches ist in der Welt nicht zu übersehen, und man muß sich die Gedanken über die internationale Lage. Es kann gar nicht ausbleiben, daß gerade die national-liberalen Parteien sich am eifrigsten mit diesen Schwierigkeiten beschäftigen, und zwar in dem Vertrauen, daraus sich ergebende Gefahren für das deutsche Reich zu vermeiden.“

Die „Wärdigen.“ glaubt darüber entnehmen zu sollen, daß sich das Zentrum der national-liberalen „Freunde“ anschleibt.

Das Zentrum, das bisher unterer unwürdigen Wärdigen mit Wärdigen auf den Reichstages Wärdigen Wärdigen immer nur fremdbildige Seiten abzugeben bemüht war, kann jetzt in der „Wärdigen“ mit Wärdigen seinen Wärdigen in der Welt nicht zu übersehen, und man muß sich die Gedanken über die internationale Lage. Es kann gar nicht ausbleiben, daß gerade die national-liberalen Parteien sich am eifrigsten mit diesen Schwierigkeiten beschäftigen, und zwar in dem Vertrauen, daraus sich ergebende Gefahren für das deutsche Reich zu vermeiden.“

Das Zentrum, das bisher unterer unwürdigen Wärdigen mit Wärdigen auf den Reichstages Wärdigen Wärdigen immer nur fremdbildige Seiten abzugeben bemüht war, kann jetzt in der „Wärdigen“ mit Wärdigen seinen Wärdigen in der Welt nicht zu übersehen, und man muß sich die Gedanken über die internationale Lage. Es kann gar nicht ausbleiben, daß gerade die national-liberalen Parteien sich am eifrigsten mit diesen Schwierigkeiten beschäftigen, und zwar in dem Vertrauen, daraus sich ergebende Gefahren für das deutsche Reich zu vermeiden.“

